

„Die einen tagen, die anderen morden“

Zu dem Antifa- Flugblatt Ostern 2012

Wer sich zu Sachverhalten äußert, sollte lesen können. Und er sollte das Gelesene verstehen können. Im Internet gibt es hierzu das Förderprogramm „Antolin“. Hiermit können gezielt Schwächen im Leseverstehen behoben werden. Im letzten Jahr schon wies der Bund für Gotterkenntnis auf ein Mißverständnis der Antifa hin. Nirgends in den Werken Mathilde Ludendorffs steht, „Die einen seien von Natur aus zum Herrschen, die anderen zum Dienen geschaffen.“ Das ist völliger Unsinn. Die Bezeichnungen Licht –und Schachtlehre bezieht sich auf die Art des Gotterlebens, also auf die Art des Erlebens des Schönen, Guten und Wahren. Sünde kennt die Philosophie Mathilde Ludendorffs nicht. Und es gibt wohl keine Weltanschauung, die die Gleichberechtigung der Völker und deren Erhaltung so sehr vertritt, wie diese Philosophie. Dabei befindet sie sich ganz im Einklang mit dem Völkerstrafgesetzbuch. Aber wie soll man Leute ernst nehmen, die nicht in der Lage sind, Texte richtig zu lesen und wiederzugeben? Jeder, der ernsthafte und sachkundige Kritik übt, kann gern mit uns in Kontakt treten, aber dieses von keiner Sachkenntnis getrübe „Dagegensein“ kennzeichnet die Verfasser selbst.

Insofern erübrigt sich von unserer Seite eine ausführliche Stellungnahme zum mißverstandenen Text.

Die merkwürdige Überschrift:

Die einen tagen, die anderen morden,

soll wohl assoziieren, daß die ludendorffsche Gedankenwelt Grundlage für rassistische Untaten sei.

Allerdings sind die Autoren so klug, keine direkte Verbindung herzustellen, so daß keine rechtliche Handhabe besteht. Selbst wenn sich ein Gewalttäter oder gar Mörder auf das Gedankengut Mathilde Ludendorffs berufen würde, so müßte erst mal aufgezeigt werden, an welcher Stelle denn überhaupt zur Gewalt aufgerufen wird.

Im Gegensatz zu allen Religionen und auch der Pseudoreligion „Links“ bzw. Kommunismus kennt die Gotterkenntnis nur eine geistige Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, nirgend findet sich ein Aufruf zur Gewalt, im Gegenteil, Gewalt wird ausdrücklich in jeder Form abgelehnt.

Zur Einstellung der Linken dagegen paßt die letztjährige Sachbeschädigung des Tagunglokals. Besonders friedfertig ist auch das Transparent, wo ein Mann eine Pistole auf das Tagunglokal richtete. Von einem wirklichen Demokratieverständnis zeugt auch der Versuch, das Tagunglokal zu stürmen, um unliebsame Meinungen im Keim zu ersticken.

Wem allerdings die Argumente ausgehen, wem es nur um die eigene Macht geht, ja der kann nur zu Gewalt greifen, kennzeichnet sich damit aber auch selbst.

Im Kommunismus und Sozialismus geht es nur um Macht, Unterdrückung und Entpersonalisierung des Einzelnen. Es gibt nur noch das „Kollektiv“. Als kleiner Gedankenstoß hier mal einige Opferzahlen des Kommunismus von **Vera Lengsfeld**, ehem. DDR Bürgerrechtlerin, aus dem **Schwarzbuch des Kommunismus, Piper**

China	65 Millionen Tote
Sowjetunion	20 Millionen Tote
Afghanistan	1,5 Millionen Tote
DDR	1.065 Grenz- und Mauertote(weitere Opfer siehe Anhang.)

Im Anhang finden Sie auch folgende Stelle:

„An dieser Stelle wird auch ein Beispiel genannt, bei dem mehrere Mitarbeiter der neu gegründeten Volkspolizei ungerechtfertigt in ein Speziallager verbracht wurden, obwohl sie wegen ihrer antifaschistischen Tätigkeit während des Krieges etwa 3 Jahre im Konzentrationslager Buchenwald eingesperrt waren und, wie sich herausstellte, keinerlei Verbrechen gegen die UdSSR begangen hatten.“ <http://library.fes.de/fulltext/historiker/00700004.htm#E11E17>

Das zeigt zweierlei: es ging nicht um Recht und Gerechtigkeit sondern um Macht. Daraus können wir ersehen, was dem Einzelnen bevorsteht, wenn die im Flugblatt aufgeführten Gruppierungen tatsächlich die Macht erlangen, ja, wir können sogar damit rechnen, daß jene, die hier heute lautstark demonstrieren unter den ersten sein werden, die ihr Leben lassen oder die in Besserungslagern zur höheren Ehre des Kollektivs arbeiten dürfen.

Der Anhang dient dazu, einige der Ungeheuerlichkeiten in der Geschichte des Sozialismus in den Raum zu stellen. Das Urteil kann sich jeder selbst bilden.

Anhang:

A) In der DDR kommen noch weitere Opfer hinzu:

„Der Verhaftete wurde hinsichtlich seiner verbrecherischen Tätigkeit ausreichend entlarvt und wird auf Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00315 vom 18. Mai 1945 in das Lager „N^o 1 oder 2 oder 3 usw., A.K.> des NKWD der UdS SR eingewiesen...“

Dieser „Standardvermerk im Beschluß über die Lagereinweisung“ (Walerij A. Wolin) diente den sowjetischen Sicherheitsorganen in Deutschland zur Bildung ihrer Spezialkontingente in den Speziallagern 1945-1950.

Es geht also um die Spezialkontingente der Speziallager des NKWD/MWD der UdSSR auf dem Territorium Deutschlands 1945-1950. Es wird ausgeführt am „4.3.2. 1947 vollzog sich eine weitere Maßnahme zur Auffrischung des Arbeitskräftepotentials in der UdSSR. Am 23.12.1946 hatte der Ministerrat der UdSSR die streng geheime Verordnung N^o2728-1124ss über die Verlegung von deutschen Insassen der MWD-Gefängnisse und -Lager aus Deutschland in die UdSSR erlassen. Drei Tage später war der entsprechende MWD-Befehl N^o001196 des

Generaloberst Kruglow gefolgt. Er besagte, daß binnen zwei Monaten 27.500 deutsche Insassen der Gefängnisse und Speziallager des MWD in Deutschland für die Arbeit in der Kohleindustrie der östlichen Bezirke der UdSSR ausgewählt, neu eingekleidet und deportiert werden sollten.“ <http://www.politische-bildung-Brandenburg.de/publikationen/pdf/vonpotsdamnachworkuta.pdf>

B) Am 7 April 1945 erließ L. Berija den Befehl Nr. 00315 für die Einweisung von Personen in die Speziallager des NKWD auf DDR Gebiet. Dabei wurde die Generalstaatsanwaltschaft übergangen. Erst am 24. Juni 1947 wurde in einem Schreiben des Militärstaatsanwalts der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Leiter der Abteilung MWD-Speziallager in Deutschland Erläuterungen zugestellt.

Es heißt in der folgenden Quelle: <http://library.fes.de/fulltext/historiker/00700004.htm#E11E17>

„Die im Zuge der Durchführung des NKWD-Befehls 00315 in Speziallager eingewiesenen Personen werden in einem besonderen Verfahren festgesetzt (inhaftiert), gegen sie wird keine Anklage erhoben, und es gibt über sie keine Ermittlungsmaterialien, wie sie die Strafprozeßordnung vorsieht. Das Fehlen der Zustimmung durch den Militärstaatsanwalt darf nicht als Grund gelten, die Aufnahme von Spezkontingent [gebräuchliche Abkürzung für Spezialeinheiten] in die Lager zu verweigern.“

Das heißt nichts anderes, als daß hier ähnlich Guantanamo unbegründete Verhaftungen und Einweisungen ausländischer Bürger außerhalb der UdSSR in Lager erfolgte. Es gab keine Beweise für den Tatbestand eines Verbrechens, NKWD- bzw. MWD-Angehörigen führten somit keine Rechtsvorgänge aus, sondern nur politische Repression aus politischen und wirtschaftlichen Gründen. Es konnte sich ein Klima der Einschüchterung gegenüber den Machthabern ausbreiten und man hatte Zwangsarbeiter für die Wirtschaft der SU rekrutiert. Weiter heißt es in obiger Quelle:

„Unter den administrativ Repressierten gab es jedoch auch nicht wenige Minderjährige, Frauen, Betagte, Vertreter sogenannter „sozial gefährlicher Gruppen, d.h. Vertreter vermöglicher Klassen, erstklassige Spezialisten, die man in der Verteidigungsindustrie der Sowjetunion benötigte, und andere Personen, die unter diesem oder jenem Vorwand (zum Beispiel unter dem Anschein, man wolle Deutschland und seine Verbündeten entnazifizieren) unbegründet festgenommen und in Speziallager verbracht wurden.“

Müller stellte fest, daß die angeführten Beispiele für eine Verfolgung ausländischer Bürger durch die Organe des NKWD bzw. MWD bei der Ausführung von Weisungen der sowjetischen Führung oft im Widerspruch zur Haager Konvention von 1929 und zur Genfer Konvention von 1949 „Über den Schutz der Zivilbevölkerung während eines Krieges“ standen. Gleichzeitig verortet er, daß ähnliche politische Repressalien auch gegen die Völker der Sowjetunion erfolgten.

<http://library.fes.de/fulltext/historiker/00700004.htm#E11E17>

Zitat 11.10.2004...ZEITSCHICHTE: Beihilfe zum Terror - weiter lesen auf FOCUS Online:

Beihilfe zum Terror

„Früher oder später erfindet jeder eine Geschichte, die er für sein Leben hält.“ Dieses Zitat von Max Frisch stellt der Hamburger Historiker Reinhard Müller seinem neuen Buch über Herbert Wehner voran.“ Es heißt weiter, daß hier nachgewiesen wird, daß die Lebensgeschichte, die Herbert Wehner seinen SPD Genossen und der Öffentlichkeit über sein Leben im Moskauer Exil erzählt hat, Lüge und Erfindungen waren.

Weiter lesen wir in obiger Quelle:

„Die Mittäterschaft Wehners im stalinistischen Terrorsystem ist laut Brigitte Seebacher, Witwe von Willy Brandt, nunmehr erwiesen. Müllers Recherchen seien ein „zweifelsfreier Befund“. Für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ist das Buch der ultimative Beweis, dass Wehner „als Schreibtischtäter in die Moskauer Mordmaschinerie verstrickt war“. Der sozialdemokratische Historiker Hermann Weber dagegen wirft dem Autor vor, ein „verzerrtes Wehner-Bild“ zu zeichnen. Die Debatte um Wehners Rolle als fanatischer Trotzkistenjäger ist, wieder einmal, entbrannt.“

Nach den Befunden des Buches war Herbert Wehner ein überzeugter Kommunist. 1946 wurde er zum Sozialdemokraten. Sein ganzes Leben lang hätte er sich stets zum Opfer stalinistischer Verfolgungen stilisiert. Dabei behauptete er mehrmals 1937 als Politemigrant ins Hauptquartier vom sowjetischen Geheimdienst NKWD die Lubjanka zu Verhören einbestellt worden zu sein. Ihm sei dabei vorgeworfen worden, dem „Trotzkismus“ anzugehören und damit einen Kampf gegen das sowjetische System zu führen.

Reinhard Müller, der für das Hamburger Institut für Sozialforschung arbeitet, weist in seinem Buch klar nach, daß Wehner vom NKWD nicht „verhört“, sondern „gehört“ worden sei. Es heißt:

„Wehner wurde Anfang 1937 als kenntnisreicher und hochrangiger KPD-Funktionär und als Informationsquelle in die Lubjanka zu drei Besprechungen über trotzkistische und bucharinsche Feinde und über Gestapoarbeit in der KPD einbestellt.“

Reinhard Müller stellte fest: 1994 veröffentlichte die Gauck-Behörde ein entscheidendes und klärendes Dokument zu diesem Themenkomplex. Er schreibt:

„Wehners „Beitrag zur Untersuchung der trotzkistischen Wühlarbeit in der deutschen antifaschistischen Bewegung“ vom Februar 1937. Dort listet er all jene Organisationen und Personen auf – darunter die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) Willy Brandts -, die angeblich gegen die Sowjetunion agitierten und gemeinsam mit Stalin-Feind Trotzki und den Faschisten Spionage betrieben.“

...

ZEITSCHICHTE: Beihilfe zum Terror - weiter lesen auf FOCUS Online: http://www.focus.de/politik/deutschland/zeitschichte-beihilfe-zum-terror_aid_202290.html

V.i.S.d.P.: Bund für Gotterkenntnis e.V., Friederike Wolf, Postfach 1254, 82324 Tutzing, www.ludendorff.info Wir verwenden Papier aus umweltschonender Herstellung.